

**Eckwertebeschluss der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag zur
anstehenden Haushaltdebatte**

Information aus der Landesvorstandssitzung vom 13. Juni 2014

Information:	Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen nimmt den Eckwertebeschluss zur Kenntnis.
Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit:	Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)
Weitere Maßnahmen:	-
Finanzen:	-
Die Vorlage wurde abgestimmt mit:	-
Den Beschluss sollen erhalten:	Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinator

f.d.R.

Dresden, den 13. Juni 2014



Heinz Pingel - Landesschatzmeister

Entwurfsplanung für ein besseres Leben in Sachsen

Sachsen ist ein lebenswertes Land. Wir wollen, dass sich alle hier lebenden Menschen wohlfühlen. Um dem Anspruch einer wirtschaftlich starken, kulturell vielfältigen, sozial gerechten und ökologischen Landespolitik Rechnung zu tragen, muss der finanzielle Rahmen zur Bewältigung der Herausforderungen nachhaltig gestaltet werden. Die letzten Jahre waren durch falsche Entscheidungen geprägt, deswegen sagen wir: Die vergangene Legislaturperiode ist ein verlorenes halbes Jahrzehnt für Sachsen.

Wir stellen uns der Aufgabe, den Probleberg der verbrauchten Regierung abzarbeiten und in einem zweiten Schritt dringend nötige finanzielle Weichenstellungen vorzunehmen. Durch die Verweigerungshaltung der amtierenden Staatsregierung gegenüber den rechtlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen ist eine Bugwelle von Problemen entstanden, die die Regierungsverantwortlichen in Sachsen nicht länger vor sich herschieben dürfen.. Wir werden die offenen Fragen konsequent angehen und nachhaltige Lösungen durchsetzen. Dazu bewerben wir uns bei den Wählerinnen und Wählern um den Gestaltungsauftrag.

Mit der Änderung der sächsischen Verfassung hat der Landtag die Herstellung des sozialen Ausgleichs als Haushaltsstrukturgrundsatz festgeschrieben. Dadurch erwächst dem Freistaat eine besondere Verantwortung, der Rechnung getragen werden muss. Wir werden alle durch landesrechtliche Regelungen zu beeinflussenden Sozialleistungen auf ihre Gerechtigkeit und Wirksamkeit prüfen. Aus unserer Sicht muss sich Sachsen mit den anderen Bundesländern im positiven Sinne messen. Standardabweichungen nach unten müssen korrigiert und dem Maßstab angepasst werden. Das Land darf sich nicht zu Lasten der sozial Schwächsten konsolidieren.

Baustelle Forschung und Entwicklung

Mit dem Minderheitenvotum im Bericht der Enquetekommission „Strategien für eine zukunftsorientierte Technologie- und Innovationspolitik im Freistaat Sachsen“ sind die Herausforderungen für den Forschungsstandort Sachsen beschrieben. Wir werden darauf aufbauend die Mittel in diesem Bereich verstetigen und wegfallende europäische Mittel durch Landesmittel ersetzen, um neue Wachstumsimpulse für Sachsens Wirtschaft zu setzen. Damit ist der Anspruch verbunden, über qualitatives Wachstum der sächsischen Wirtschaft den Beitrag der privaten Unternehmen an der Forschung und Entwicklung zu verdoppeln. Die Universitäten und Fachhochschulen spielen auf absehbare Zeit auch in der wirtschaftlichen Entwicklung die entscheidende Rolle. Sie sind Zentren des Technologietransfers und regionale Innovationsmotoren.

Baustelle Wirtschaft

Die Betriebsgrößenstruktur im Freistaat Sachsen ist zu kleinteilig. Es ist immer noch nicht gelungen, kritische Wachstumsschwellen zu überschreiten. Hierzu müssen die entsprechenden Anreize durch das Land geschaffen werden, um größere Einheiten und Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen. Wir werden dazu ein Förderinstrument entwickeln und finanziell untersetzen.

Baustelle Verwaltungsstruktur

Der Umgang der schwarz-gelben Mehrheit mit dem Verwaltungsapparat in Sachsen ist gescheitert. Mit den Großprojekten Verwaltungsreform, Staatsmodernisierung und Standortgesetz waren reine Personalabbauziele verbunden, ohne bestehende Strukturen grundsätzlich zu hinterfragen. Die dabei ausgegebene Zielzahl ist unseriös und durch nichts zu belegen. Wir werden uns der Herausforderung des Umbaus der Verwaltungsstruktur stellen, dabei muss aber „oben“ angefangen werden. Dazu gehört eine seriöse Personal-Zielgröße, die sich an den vergleichbaren Ländern sowie der Qualität der Aufgabenerfüllung ausrichtet. Die Besonderheiten des Landes Sachsen sind dabei zu beachten. Gleichzeitig muss der Personalplanung eine fundierte Aufgabenkritik vorausgehen. Eine weitere Leistungseinschränkung des Öffentlichen und der Daseinsvorsorge, z.B. durch Abbau von LehrerInnen-, PolizistInnen- oder FachreferentInnen-Stellen werden wir verhindern und Einstellungskorridore schaffen, welche mindestens die Altersabgänge ausgleichen.

Baustelle Justiz

Da nach der „Wende“ besonders in Sachsen der Größte Teil der Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte ausgewechselt, respektive neu eingestellt wurden, hat das zur Folge, dass ab dem Jahr 2024 fast die Hälfte von ihnen binnen weniger Jahre aus dem Dienst ausscheiden wird. Bisher ist hierauf seitens der Staatsregierung personalpolitisch kaum reagiert worden. Um das Funktionieren der Justiz als Ganzes zu gewährleisten, kann nicht länger gewartet werden, sondern es müssen - auch angesichts der langen Verfahrensdauer in verschiedenen Rechtszweigen durch bereits bestehende Unterbesetzung und eine hohe Krankenquote - beginnend mit dem Haushaltsjahr 2015 und dann kontinuierlich in den Folgejahren im Haushalt ausreichend Stellen für Richter und Staatsanwälte ausgewiesen werden.

Baustelle Kommunalfinanzierung

Die Kommunen sind direkt mit dem Wandel in der Gesellschaft konfrontiert. Hierbei verschärfen sich die Widersprüche zwischen wachsenden Großstädten auf der einen und Regionen mit abnehmender Bevölkerungszahl auf der anderen Seite. Wachstum wie Schrumpfung bringen finanzielle Herausforderungen mit sich. Ein Beitrag zur Lösung dieses durch die demografische Entwicklung bedingten Konfliktes ist die faire Anpassung der Finanzmassen an die steigenden Kosten der kommunalen Ebene. Darüber hinaus muss die Mitteldegression des Mehrbelastungsausgleichs der Kosten der Verwaltungsreform von 2008 bis zur Evaluation der tatsächlichen Effekte ausgesetzt werden.

Baustelle Barrierefreiheit und Inklusion

Trotz unzähliger Debatten und Initiativen ist Sachsen auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft nicht wirklich vorangekommen. Das von durch UN-Konvention beschriebene Ziel liegt noch in weiter Ferne. Der Stillstand muss überwunden werden, um Sachsen für alle hier lebenden Menschen ohne bauliche oder andere Barrieren erlebbar zu machen. Neben den notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen bedarf dies aus unserer Sicht auch eines finanziellen Fundamentes im Haushalt.

Baustelle Gleichstellung

Tatsächliche Gleichstellung bedeutet, dass alle Menschen unabhängig von sozialem Status, kulturell-ethnischer Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung, Lebensweise, Alter oder Behinderung Lebensbedingungen für eine selbstbestimmte gesellschaftliche Teilhabe vorfinden. In Sachsen ist dafür noch sehr viel zu tun, und dafür sind auskömmliche finanzielle Ressourcen bereitzustellen. Besonderer Bedarf besteht bei der Förderung von landesweiter Gleichstellungsarbeit in diesen

Bereichen. Flächendeckende Aufklärungs-, Beratungs- und Unterstützungsangebote zur Abwehr sozialer Benachteiligung, Diskriminierung und häuslicher Gewalt darf nicht an Geldmangel scheitern

Baustelle Sozialstaat

Die Wohlfahrtsverbände und freien Träger der Jugendhilfe haben in Sachsen eine wesentliche Funktion bei der Erfüllung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Deshalb wollen wir ihnen langfristige Planungssicherheit und finanzielle Rahmenbedingungen geben, die eine ausgewogene Soziale Arbeit für alle Generationen ermöglicht.

Baustelle Kinder- und Jugendhilfe

Für ein gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen ist der gleichmäßige Ausbau und Erhalt der Kinder- und Jugendhilfelandchaft wesentlich. Deshalb werden muss die Jugendpauschale wieder erhöht werden und die unterschiedliche demographische Entwicklung in Stadt und Land berücksichtigen.

Baustelle Bildung

Die Hoheit über den Bildungsbereich gehört zu den Schlüsselthemen der Landespolitik. Jede sinnvolle Maßnahme in diesem Bereich ist eine Investition in die Zukunft des Landes. Auch angesichts nicht vertretbarer Schulabbrecher-Zahlen sind konkrete Maßnahmen notwendig. Für uns bleibt die stufenweise Verbesserung des Betreuungsschlüssels in Kindertageseinrichtungen ein wesentlicher Baustein. Parallel dazu werden wir die längst überfällige Erhöhung der Kitapauschale vornehmen. Im Schulbereich werden wir darüber hinaus wohnortnahe Schulen, mit kleineren Klassen, Schulsozialarbeit und mehr Lehrpersonal sicherstellen. Struktur und Inhalt des sorbischen Schulwesens und des WITAJ-Projekts im KITA-Bereich sind zu sichern und bei Bedarf auszubauen. Die Ausbildungskapazitäten für Pädagoginnen und Pädagogen und Erzieherinnen und Erzieher an den staatlichen Einrichtungen werden wir erhöhen.

Der Hochschulbereich krankt an einer einseitigen Ausrichtung auf Drittmittelfinanzierung. Die damit einhergehende Forschungsintensität geht zulasten der Lehre, des akademischen Mittelbaus und der Geisteswissenschaften. Als erste Maßnahme zur Bewahrung einer breiten Wissenschaftslandschaft in Sachsen werden wir ein Stellenabbaumoratorium durchsetzen und gemeinsam mit den Hochschulen an einem strategischen Gesamtkonzept Hochschulstandort Sachsen arbeiten.

Baustelle Lernmittelfreiheit

Das Obergericht hat der Praxis der letzten Jahrzehnte, teilweise Bildungskosten auf die Eltern abzuladen, eine Abfuhr erteilt. Das unwürdige Hin- und Herschieben der Verantwortung zwischen Freistaat und seinen Kommunen muss ein Ende finden. Wir werden daher am Ziel einer echten Lernmittelfreiheit festhalten und die notwendigen Haushaltsmittel bereitstellen, um damit die Kommunen und die Familien zu entlasten.

Baustelle Freie Schulen

Das Urteil des Landesverfassungsgerichts hat uns Recht gegeben. Der unfaire Einschnitt der Staatsregierung in die finanzielle Ausstattung der Schulen in freier Trägerschaft führte zu ungerechtfertigten Härten gegenüber den Trägern, Eltern und Schülern gleichermaßen, besonders zur Benachteiligung von nicht begüterten Familien bei der freien Schulwahl. Eine Klärung muss die Lasten der letzten Jahre genauso beinhalten, wie auch eine tragfähige Lösung für die Zukunft, dabei haben staatliche Schulen mit unterschiedlichen pädagogischen Ansätzen Priorität.

Baustelle Kulturfinanzierung

Der gesetzliche Auftrag zur Kulturraumfinanzierung in Sachsen sichert kulturelle Angebote in der Fläche. Unter der Unterfinanzierung leiden die Vielfalt des Angebotes und die Beschäftigten insbesondere durch Haustarifverträge. Das Land wird seiner Verantwortung durch eine Aufstockung und Dynamisierung der Finanzierung gerecht werden müssen. Dies gilt auch für den sächsischen Beitrag zur Stiftung für das sorbische Volk.

Die Kulturstiftung des Freistaates, die mit ihren Projektmitteln landesweit und international ausstrahlende Projekte ermöglicht, bedarf dauerhaft eines erhöhten Zuschusses.

Baustelle ÖPNV/SPNV-Finanzierung

Ein leistungsfähiger und preiswerter ÖPNV/SPNV ist der Schlüssel für die Attraktivität der Regionen in Sachsen. Vom Ergebnis der Verhandlungen mit dem Bund über die Ausgestaltung und Verteilung der Regionalisierungsmittel wird abhängen, wie stark das Land zusätzlich in die Verantwortung genommen wird. Die Sicherstellung einer auskömmlichen Finanzierung und die Gestaltung eines leistungsfähigen ÖPNV/SPNV sind die entscheidenden Aufgaben der nächsten Jahre.

Baustelle bezahlbare Mietpreise

Wohnen ist ein Menschenrecht. Die allgemeine Einkommensentwicklung im Freistaat schwächt die finanzielle Leistungsfähigkeit der Mieterinnen und Mieter. Zugleich stehen die kommunalen Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften, wie auch die privaten Vermieter vor der Herausforderung, barrierefreien Wohnraum in größerem Umfang sowie Modernisierung auf höchstem energetischem Standard zu realisieren. Das Ziel der Schaffung bezahlbaren Wohnraumes wird nur mit einer Zuschussförderung gelingen.

Baustelle Krankenhausinvestitionen

Angesichts einer alternden Gesellschaft kommt der flächendeckenden Gesundheitsversorgung ein hoher Stellenwert zu. Es gilt die aufgebaute Infrastruktur auf ihrem hohen Niveau zu sichern und dementsprechend finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Wegfall der Krankenkassenfinanzierung darf nicht zur verschärften Vernachlässigung von Krankenhausinvestitionen führen, und die bestehende Investitionslücke muss geschlossen werden.

Baustelle Zivilgesellschaft

Die Ergebnisse des NSU-Untersuchungsausschusses sind alarmierend. Es gibt Handlungsbedarf bei der weiteren Schaffung und Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Strukturen in Sachsen, um neonazistischen Gruppierungen nicht das Feld zu überlassen. Das Programm Weltoffenes Sachsen wird ausgebaut. Dazu werden aus unserer Sicht mehr Mittel zur Sicherstellung benötigt.

Baustelle Umwelt

Seit Jahren werden in Sachsen Umwelt schädigende Großunternehmen nur unzureichend an den gesellschaftlichen Kosten beteiligt. Wir werden nicht gerechtfertigte Subventionen abschaffen und diejenigen zur Kasse bitten, die die Schädigungen zu verantworten haben. Dem jährlichen Bedarf für die Umsetzung der Maßnahmenprogramme für qualitativ gute Gewässer in Sachsen steht keine annähernd entsprechende Mittelausstattung gegenüber; gleichzeitig sollen noch bis Ende 2015 sämtliche Kläranlagen in Sachsen vor diesem Hintergrund umgerüstet werden – eine erhebliche finanzielle Hürde für die Bevölkerung im ländlichen Raum. Bestehende Verrechnungsrückstände und Ausgabereste der Abwasserabgabe müssen deshalb zügig aufgelöst, und zur Erreichung dieser Ziele eingesetzt werden können.

Baustelle Bodenpreise in der Landwirtschaft

Durch einen neu eingerichteten „Bodenfonds“ landeseigener Flächen und Mittel für den weiteren Flächenerwerb sollen flankierend zu Rechtsänderungen im Sächsischen Bodenrecht mit preisdämpfender Wirkung Junglandwirte und ökologisch vorbildlich wirtschaftende Landwirtschaftsbetriebe gestärkt werden.